

17.12.92

Antrag

des Freistaates Bayern

zur

Entschließung des Bundesrates zur Änderung der Arbeitsaufenthalte-
verordnung

- Antrag des Landes Brandenburg -

Punkt 4 der 650. Sitzung des Bundesrates am 18. Dezember 1992

Der Bundesrat möge beschließen:

Der Antrag des Landes Brandenburg für eine Entschließung des Bundesrates zur Änderung der Arbeitsaufenthalteverordnung (BR-Drs. 639/92) wird vertagt.

Ausgegeben am
17. DEZ. 1992

Begründung:

Die Verhandlungen der großen Parteien zu Asyl und Zuwanderung haben unter dem 06.12.1992 folgende Vereinbarung ergeben:

"Die Regierungschefs von Bund und Ländern werden gebeten, sich mit der Lage der Vertragsarbeitnehmer der ehemaligen DDR zu befassen, um eine humanitäre Lösung unter Berücksichtigung der Aufenthaltsdauer und der tatsächlich erreichten Integration dieses Personenkreises zu finden."

Die Beratungen der Regierungschefs von Bund und Ländern sollten deshalb abgewartet werden.